# KMU WAHLCHECK

des Gewerbeverbandes des Saarlandes
zur Landtagswahl 2017

**AUF DEM PRÜFSTAND:**
Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?

**www.gewerbeverband.saarland**

GVS
Gewerbeverband des Saarlandes e.V.

# Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe GVS-Mitglieder,

**im Superwahljahr 2017 wird über die politische Zukunft dreier Bundesländer entschieden und – im September – über die der gesamten Republik. Der erste Urnengang des Jahres findet bei uns im Saarland statt. Grund genug, die Parteien zu befragen, wie sie es denn mit den Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), der Selbstständigen und Gewerbetreibenden halten. Der Gewerbeverband des Saarlandes (GVS) hat deshalb einen Fragenkatalog erarbeitet, der kürzlich den Parteien zugesandt wurde. Die Wahlprüfsteine des GVS und die Antworten der Parteien sehen Sie im folgenden KMU Wahlcheck.**

Landtagswahlen im Saarland finden bundesweit eher weniger Beachtung. Denn selbst wenn alle der ungefähr 800.000 Wahlberechtigten ihre Stimme für die Wahl der 51 Abgeordneten des Saarparlaments abgeben würden, angesichts von fast 62 Millionen Wahlberechtigten im Bund scheint die Bedeutung des Urnengangs im kleinsten deutschen Flächenland von eher untergeordneter Bedeutung. Jedenfalls rein numerisch. Politisch jedoch lohnt es sich, gerade am Anfang des sogenannten Superwahljahres 2017 nach Saarbrücken zu schauen.

Denn das Saarland ist im März das erste von drei Bundesländern, die im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Bürgerinnen und Bürger zur Wahl rufen. Im Mai folgen Schleswig-Holstein und das wegen seiner hohen Bevölkerungszahl äußerst wichtige Nordrhein-Westfalen.

Gerade seit dem Antreten des Sozialdemokraten Martin Schulz als Herausforderer der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gilt die Landtagswahl am 26. März als wichtiger Stimmungstest für die Bundestagswahl. Besser gesagt soll die saarländische Landtagswahl die Frage beantworten, ob dem Umfragenhype um den „sozialdemokratischen Heilsbringer" (DIE ZEIT) auch reale Wahlergebnisse zugrunde liegen. Aber auch die kleinen Parteien haben an Bedeutung gewonnen. Dreier-Koalitionen sind mittlerweile zur Regel in deutschen Parlamenten geworden. Ohne Grüne, Linke oder Freidemokraten geht – außer großen Koalitionen – in Deutschland kaum noch etwas. Man darf also gespannt sein, welches Farbenspiel nach den Wahlen die Saarregierung bilden wird. Genauso spannend ist allerdings auch die Frage, wer demnächst in der Saarbrücker Staatskanzlei als Ministerpräsident/in die Richtlinien der Saarpolitik zu bestimmen haben wird.

### Den Parteien mittelstandspolitisch auf den Zahn gefühlt

Der GVS, stets ein genauer Beobachter der saarländischen Politik, nimmt auch diese Landtagswahl zum Anlass, den mittelstandspolitisch relevanten Parteien auf den Zahn zu fühlen. Sechs Fragen zu für den kleinen Mittelstand bedeutsamen Themen und ein Schlussstatement zur Frage aller Wahlkampffragen – „Warum sollten KMUs und Gewerbetreibende Ihre Partei wählen?" – wurden vom GVS erarbeitet und den saarländischen Parteizentralen zugestellt.

Zwei Wochen durften sich die zuständigen Fachleute dort Zeit lassen, um

sich mit Themen wie Gründung, Existenzsicherung, Bürokratieabbau, beruflicher Bildung oder dem Ausbau von Infrastruktur zu befassen. Besonderes Augenmerk dürften die GVS-Mitglieder auf die Frage richten, welche mittelstandspolitischen Erfolge sich die Parteien an die eigenen Fahnen heften wollen. Klappern gehört schließlich zum Handwerk. Und geklappert wird im Wahlkampf natürlich äußerst gern.

Der GVS-Fragenkatalog dient jedoch nicht nur der Information über wirtschaftspolitische Positionen und Initiativen der Parteien. Er soll den politischen Entscheidern, sei es in der Opposition, sei es in der Regierung, nochmals deutlich ins Bewusstsein rufen, mit welchen Problemstellungen sich KMUs und saarländische Selbstständige in ihrer Arbeit konfrontiert sehen. Vielleicht, so unsere Hoffnung, macht sich ja auch der eine oder andere Verantwortliche dabei klar, welche Bedeutung gerade die kleinen und mittleren Unternehmen für den Standort Saarland, für Wirtschaftskraft und Beschäftigung haben.

## Auch im Saarland das Rückgrat der Wirtschaft

Gerade im früher von Kohle und Stahl geprägten Saarland mag es den einen oder anderen überraschen, wenn er sich die einschlägigen aktuellen Statistiken ansieht. Hatte doch das kleinste deutsche Flächenland bisher stets das Image, vor allem ein Standort von Großindustrie und Bergbaukonzernen zu sein. Von kleinteiligem Mittelstand war da kaum die Rede. Die Zeiten und die Strukturen haben sich jedoch geändert. Mittelständische Unternehmen sind mittlerweile das Herzstück der Saarwirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen generieren wie überall in der Republik die übergroße Mehrzahl der Arbeitsplätze und tragen wesentlich zum Umsatz im Saarland bei. Eine beeindruckende Zahl: 90 Prozent der saarländischen Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte.

## Der GVS kennt die Probleme und Sorgen der KMUs

Anlass genug für die Politik, sich ausgiebig mit den KMUs und ihren Problemen zu beschäftigen. Der Gewerbeverband des Saarlandes als deren Vertreter kennt die Sorgen der Unternehmerinnen und Unternehmer und er weiß, wo es hakt. Klar ist allerdings auch, dass die saarländische Landespolitik nicht bei allen relevanten Themen zuständig ist. Vieles von dem, was Selbstständige, KMUs und Gewerbetreibende umtreibt, fällt in die Zuständigkeitsbereiche von Bundesregierung oder Europäischer Union. Aber die Bundesländer haben über den Bundesrat durchaus die Möglichkeit, Initiativen anzuschieben, beispielsweise bei der Deregulierung von Verwaltungsvorschriften oder beim Bürokratieabbau. Die vom GVS nachgefragten Initiativen im Bereich der Bildung fallen hingegen ganz in die Kompetenz der saarländischen Landesregierung. Hier ist vor allem interessant, wie die Parteien zur im Vergleich zur Hochschulbildung immer noch stiefmütterlich behandelten beruflichen Bildung stehen.

Weil das Saarland nicht gerade als Land der Gründer, Erfinder und Tüftler gilt, engagiert sich die Landesregierung zunehmend stärker im Bereich der Gründungsberatung und -betreuung. Zwar sieht der GVS dieses Engagement positiv, er stellt aber auch die Frage, was das Land für Existenzsicherung und Wachstumsförderung der KMUs tut.

Standortpolitik ist kein einfaches Geschäft. Hängt doch die Qualität von vielen, teilweise komplexen Sachverhalten ab. Um erfolgreich wirtschaften zu können, brauchen die saarländischen Unternehmen beispielsweise gute verkehrliche Anbindungen an den Rest der Republik und an das Ausland. Dies gilt insbesondere für Flug- und Bahnverbindungen. Der GVS wollte wissen, wie die Parteien künftig Ausbau und Erhalt der Infrastruktur gewährleisten wollen, wenn sie nach dem 26. März in der Regierung sind.

## Fragen über Fragen – und umfangreiche Antworten der Parteien

Die für eine Regierungsbildung im Saarland in Frage kommenden Landesparteien haben alle geantwortet. Und zwar umfangreich und trotz aller politischen Unterschiede wirklich kompetent. Das ist schon die erste gute Nachricht für die saarländischen Selbstständigen, KMUs und Gewerbetreibenden. Die zweite: Ob CDU, SPD, Linke, Grüne oder FDP – alle bekunden ein wirklich ernst zu nehmendes Interesse an der Förderung des kleinen unternehmerischen Mittelstandes im Saarland. Die dritte gute Nachricht ist die Tatsache, dass alle Befragten sich wirklich der besonderen Situation und Bedeutung unserer Unternehmen bewusst sind. Was bleibt, ist allerdings die Frage, was die Politik nach der Wahl auch umsetzt.

### Über den Gewerbeverband des Saarlandes - GVS e.V.

Der Gewerbeverband des Saarlandes - GVS e.V. ist die parteiunabhängige Interessenvertretung der Selbständigen, Angehörigen der freien Berufe, kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbände sowie Innungen im Saarland.

Mehr als 99 Prozent aller im Saarland gemeldeten Betriebe gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs).

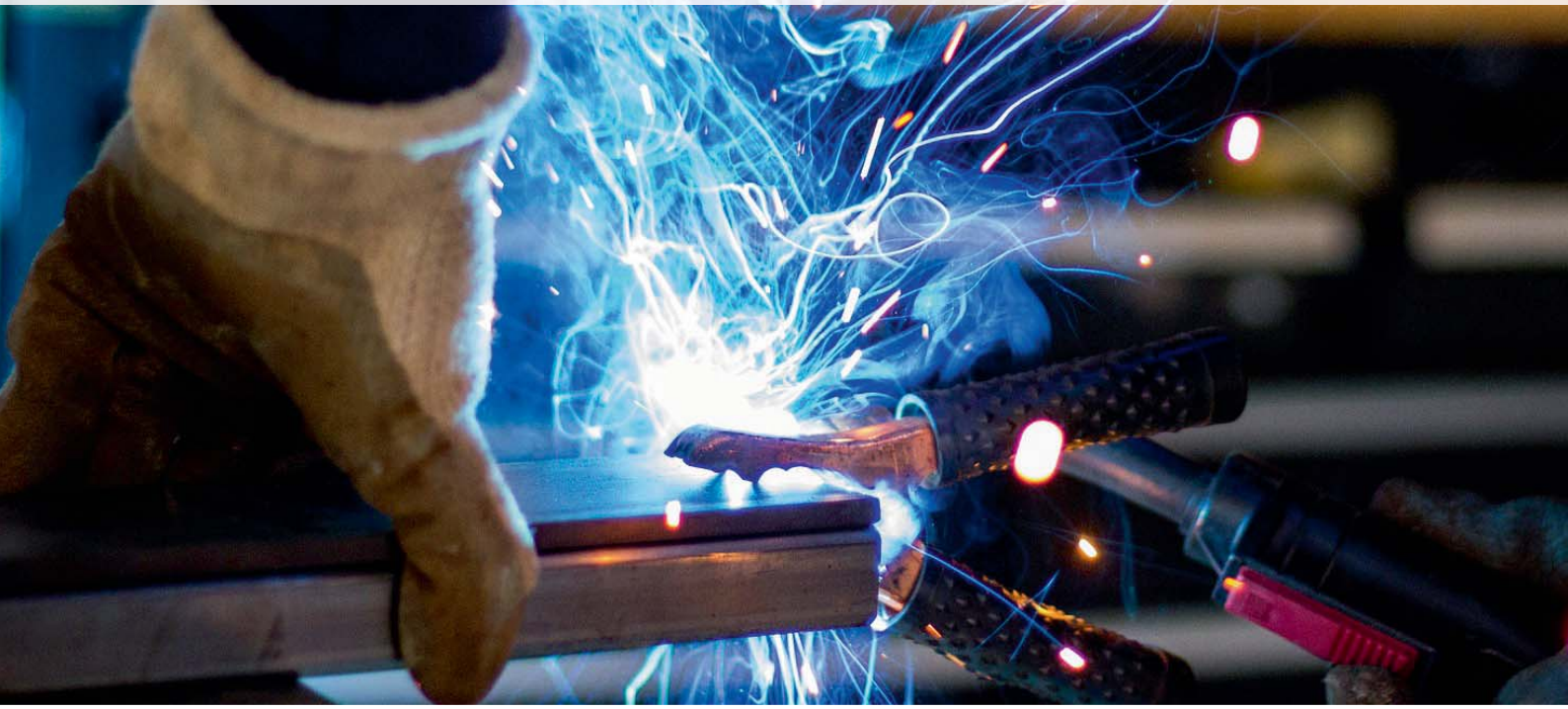
Diese Unternehmen stellen das Rückgrat der saarländischen Wirtschaft dar. Sie beschäftigen rund 220 000 Mitarbeiter und bilden fast 80 Prozent aller Lehrlinge im Saarland aus.

### überparteilich - unabhängig - kompetent

Viele dieser Unternehmen haben sich im Gewerbeverband des Saarlandes - GVS e.V., als Vereinigung von Selbständigen für Selbständige zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als branchenübergreifende Interessenvertretung der KMUs für eine mittelstandsfreundliche Politik in unserem Land zu engagieren.

Entsprechend ihrer Rolle als Leistungsträger der saarländischen Wirtschaft wollen die im GVS organisierten KMUs das Saarland gemeinsam im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik und allen wirtschaftspolitisch-aktiven Partnern voranbringen.

# AUF DEM PRÜFSTAND:
## Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittleren Unternehmen?



### 1. Thema: Existenzsicherung und Unternehmenswachstum

***Mit der Saarland Offensive für Gründer SOG bemüht sich das Land intensiv um die Förderung und Unterstützung von Existenzgründern. Maßnahmen zur Existenzsicherung und zur Wachstumsförderung kommen aus unserer Sicht hingegen zu kurz. Wie wollen Sie bestehende Unternehmen sichern und Unternehmenswachstum fördern?***

CDU: Wir wollen das Saarland im Vergleich zu benachbarten Wirtschaftsstandorten noch wettbewerbsfähiger und für Investoren, Unternehmen und Gründer noch attraktiver machen. Vor allem im Hinblick auf Faktoren wie Investorenbetreuung, standortspezifische Investitions-/ Betriebszusatzkosten, Genehmigungs-/ Regulierungskosten, Verfügbarkeit von Arbeits-, Fach- und Führungskräften und weitere standortgebundene Effekte wollen wir besser sein als unsere Wettbewerber; hierzu zählt auch die Weiterentwicklung und Ergänzung des Masterplans Industrieflächen.

Auf der Basis des im vergangenen Jahr vorgelegten PROGNOS-Gutachtens und einer präzisen Bestimmung unseres Stärken-Schwächen-Profils werden wir ein Konzept zur nachhaltigen Stärkung unserer Standortqualität – in Abstimmung mit Wirtschaftsorganisationen und Kommunen – entwickeln. Wir wollen dabei die für unser Land in Zukunft relevanten Alleinstellungsmerkmale präzise bestimmen, sie im Rahmen eines modernen und erfolgsorientierten Standort-Leitbilds zusammenfassen und dafür eine operative Umsetzungsplanung entwickeln.

Wir wollen die auf zu viele Akteure verteilte Wirtschaftsförderung straffen. Dazu streben wir – in Abstimmung mit den jeweiligen kommunalen Trägern – die Einrichtung einer übergeordneten Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsfördergesellschaften an; diese soll – trotz regional eigenständiger Akteure – eine bessere Koordination, effizientere Investorenbetreuung und eine nachhaltige Unternehmensbestandspflege ermöglichen. Unsere immer noch unterdurchschnittliche Selbstständigen-Quote werden wir nur schließen, wenn wir Menschen

mit Geschäftssinn und -ideen für eine Unternehmensgründung bzw. eine Unternehmensnachfolge begeistern.
Im Wettbewerb mit anderen Regionen muss das Saarland sich als attraktiver „Hotspot" für innovative Gründer profilieren. Wir brauchen dazu innovative Formate und neue Instrumente der Existenzgründungsförderung, um das Potenzial und die Motivation zur Umsetzung innovativer Geschäftsideen zu fördern. Wir wollen im Saarland ein „Gründer-Ökosystem" schaffen – also eine an- und aufregende Umgebung mit innovativen Rahmenbedingungen, in der es jungen Menschen Spaß macht, gemeinsam mit gleichgesinnten Jungunternehmern neue Geschäftsideen zu realisieren.
Wir werden ein „Inkubator-ähnliches" Förderkonzept umsetzen; dazu gehört die Einrichtung einer Gründer-Location, die – neben Schulungs- und Veranstaltungsräumen – zeitlich befristet Bürokapazitäten (Co-Working-Spaces) zur individuellen Nutzung zur Verfügung stellt; dort sollen Betreuungs- und Coaching-Angebote, aber auch Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten für junge Gründer vorgehalten werden.
Ausgewählte Gründer mit marktfähigen und technologisch innovativen Geschäftsideen sollen hier gezielt gefördert werden – und zwar sowohl durch Intensiv-Seminare „Existenzgründung" als auch durch individuelles „Gründungs-Coaching" auf der Basis individueller Businesspläne.
Neben der räumlichen und sächlichen Infrastruktur soll den Nutzern ein kleines Team spezialisierter Berater (Rechts-, Steuer-, Marketing- und IT-Beratung) zur Verfügung stehen, um den jungen Gründern unternehmerisches Know-how für den realen Unternehmensalltag zu vermitteln.

SPD: Mit einem umfassenden Ansatz wollen wir über die Förderung und Unterstützung von Existenzgründern hinaus bestehende Unternehmen sichern und Wachstum fördern.
Unternehmen brauchen Platz für Wachstum: Mit dem Masterplan Industrieflächen sichern wir neuen Raum für Wirtschaftswachstum und gleich die Infrastruktur mit dazu. Damit fördern wir im Besonderen die Entwicklung kommunaler Industrie- und Gewerbeflächen und stellen gute Anbindungen an das Verkehrsnetz sicher. Dazu gestalten wir mit unserer Industrie den neuen Strukturwandel in die digitale Zukunft.
Wir wollen unser Land dafür bekannt machen, dass Industriebetriebe in unserem Land willkommen sind. Mit der Umsetzung der industriepolitischen Leitlinien „Saarland Industrieland" legen wir neben Stahl und Maschinenbau einen Schwerpunkt auf Automobil und Digitalisierung. Eine bedeutende Rolle kommt dabei dem industriellen Mittelstand zu.
Von besonderer Bedeutung für die regionale Wirtschaft ist ein moderner Kongress- und Messestandort, denn Messen und Kongresse sind für saarländische Unternehmen wichtige Foren zur Präsentation ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb wollen wir in den Umbau der jetzigen Einrichtungen zu einem modernen, zukunftsfähigen Kongresszentrum investieren.
Das Saarland ist als starker Produktionsstandort bekannt. An unseren Hochschulen findet zugleich weltweit anerkannte Spitzenforschung statt. Wir wollen eine neue Plattform schaffen, die Wirtschaft und Wissenschaft so zusammenbringt, dass alle die Stärken und Ideen der Anderen kennen. So werden potenzielle Kooperationsmöglichkeiten transparent.
Saarländische Innovationen wollen wir im Saarland auch produzieren und vertreiben. Dazu bauen wir auch die Aktivitäten unseres Kompetenzzentrums „Power4Production" aus, um Forschungs- und Produktionskompetenz mit dem Ziel des Technologietransfers auf dem Gebiet innovativer Produktionstechnologie effektiv zusammenzuführen.
Gerade den Mittelstand werden wir bei den zentralen Aufgaben für die Zukunft stärken. Zur Bewältigung des demografischen Wandels und des damit einhergehenden drohenden Fachkräftemangels werden wir unsere Fachkräftestrategie weiterführen und eine Weiterbildungsoffensive auf den Weg bringen. Gerade mittelständische Unternehmen müssen wir bei der Vorbereitung auf die Digitalisierung unterstützen, damit sie die Chancen erfolgreich nutzen können. Wir werden dazu ein „Aktionsprogramm Digitalisierung" für kleine und mittlere Unternehmen entwickeln. Von besonderer Relevanz ist in diesen Zusammenhang auch der Breitbandausbau in der Fläche. Internetzugänge mit Breitbandqualität sind heute so wichtig wie früher ein Eisenbahnanschluss. Wir werden deshalb den Ausbau vorantreiben, um vor allem die mittelständischen Betriebe mit schnellem Internet zu versorgen. Fünfzig Megabit/s sind nur ein Schritt auf dem Weg in die Giga-Bit-Gesellschaft. Wo der Ausbau privatwirtschaftlich nicht erfolgt, müssen öffentliche Mittel zielgenau unterstützen.

DIE LINKE: Die Aktivitäten der SOG und auch das neue Mittelstandsgesetz sind vernünftige Bausteine zur Unterstützung der KMU im Land. Was aber dringend fehlt, sind Investitionen in die öffentliche Infrastruktur des Landes. Gerade davon würden KMU, Dienstleister und das Handwerk profitieren.
Die Förderstrukturen zur Existenzsicherung bestehender Unternehmen und die Förderung neuer Unternehmen müssen überarbeitet und an sich verändernde Standortbedingungen angepasst werden. Ein Beispiel: Die Digitalisierung der industriellen Produktion und der Einzug von Industrie 4.0 Technologien verändert in den nächsten Jahren nicht nur die Welt der Industrie. Auch im Bereich der Zulieferunternehmen und der Dienstleister werden die Veränderungen die Rahmenbedingungen dramatisch verändern. Die Förderstrukturen müssen diese Veränderungen flankieren. Das gilt für z. B. für Hilfestellungen bei der Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen der KMU genauso, wie für die neuen technischen Anforderungen für die Zusammenarbeit mit großen Unternehmen.
DIE LINKE wird die KMU bei diesen Herausforderungen unterstützen. Mit einem regionalen „Saarlandfonds" wollen wir kleine und mittlere Betriebe im Krisenfall stärker als bisher schützen und dabei die Beteiligung der Belegschaften aufbauen.
Das Saarland muss zudem den Breitband-Ausbau für schnelles Internet auf dem Land vorantreiben, hier hinken wir hinter anderen Ländern her. Grundlage für die Digitalisierung der Wirtschaft ist eine gute Infrastruktur! Um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und mit den neuen Technologien neue Arbeitsplätze zu schaffen, brauchen wir Leitinvestitionen in Bildung, Weiterbildung, Forschung und Entwicklung. Mit den betroffenen Unternehmen wollen wir dafür sorgen, dass das Saarland ein wichtiger Produktionsstandort bleibt und die vielen Zulieferbetriebe und Dienstleister

aus Industrie und Handwerk wettbewerbsfähig bleiben.
Die Belegschaften wollen wir stärker als bisher an den Entscheidungen beteiligen.

Grüne: Zur Sicherung und Schaffung zukunftsfähiger Unternehmen muss das Saarland einerseits seine industriellen Wurzeln nutzen, sich andererseits aber auch unabhängiger von großindustriellen Strukturen machen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist im Saarland die mittelständische Kultur deutlich unterentwickelt. Insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen, den Familienunternehmen, Selbständigen, Gewerbetreibenden und Handwerksbetrieben gilt unser Augenmerk.
Hierzu gehören der einfachere Zugang zu Kapital, die Bereitstellung und Ausbildung von Fachkräften und Hilfestellung beim digitalen Wandel und Technologietransfer sowie bei der Gründungs- und der Übergangsphase.
Hierzu gehören zielgruppenspezifische Beratungsangebote und eine verbesserte Förderung, sowohl mit Blick auf den Umfang als auch den Zeitraum der Förderung.

FDP: Wirtschaft ist nicht alles. Aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts: Sie schafft Arbeitsplätze, so dass Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen können. Sie sorgt für Steuereinnahmen, aus denen Rechtsstaat, Infrastrukturen, Kultur- und Sozialstaat finanziert werden. Deutschlands wirtschaftliche Stärke ist jedoch kein Selbstläufer – im Gegenteil. Wir Freie Demokraten wollen das ändern und die Soziale Marktwirtschaft erneuern. Denn nur so kann die Wirtschaft die Chancen der Digitalisierung und Globalisierung nutzen und Herausforderungen wie die Energiewende und den Fachkräftemangel bewältigen.
Wir wollen den Mittelstand als Motor der sozialen Marktwirtschaft stärken.
Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir auf die flächendeckende Modernisierung der Verkehrs- und Energienetze sowie der digitalen Infrastruktur, z. B. auch durch Investitionsmöglichkeiten für private Anleger.
Ein ebenso wichtiger Punkt zur Stärkung des Wachstums ist die Erleichterung von Gründungen durch weniger Bürokratie und mehr Anreize für Wagniskapital-Investitionen privater Geldgeber.
Um den Anschluss an den aktuellen technischen Stand nicht zu verlieren ist eine steuerliche Forschungsförderung dringend notwendig.
Weitere wichtige Faktoren sind die Abschaffung des Solidaritätszuschlages bis 2019 sowie eine mittelstandsfreundliche Erbschaftssteuer. Durch mehr marktwirtschaftliche Preisbildung müssen die Energiepreise bezahlbar bleiben und bilden somit einen entscheidenden Standortfaktor.
Zusätzlich muss die duale Berufsbildung gestärkt werden. Hierzu ist auch eine größere Durchlässigkeit bei der akademischen Bildung unumgänglich.

## 2. Thema: Bürokratieabbau

***Rund 80 Prozent der die Unternehmen belastenden Vorschriften entstammen dem EU- oder dem Bundesrecht. Trotz entsprechender Bemühungen haben gerade für kleinere Unternehmen belastende Vorschriften nicht ab-, sondern zugenommen. Wie werden Sie sich für einen Abbau der Bürokratie für den Mittelstand einsetzen?***

CDU: Wir wollen die Steuerverwaltung modernisieren. Diese ist nicht nur Ausdruck von Bürgernähe, sondern auch von hoher Standortqualität: Wir werden durch Organisationsveränderungen, bessere Sach- und Personalausstattung sowie den weiteren Ausbau digitaler bzw. automatisierter Kommunikationsprozesse sicherstellen, dass eine korrekte und zeitnahe Steuerfestsetzung erfolgt.
Wir wollen das Steuerrecht einfacher und unbürokratischer machen.
Wir wollen Pauschalierungen ausbauen, Einzelnachweise ersparen und den Dokumentationsaufwand für alle Beteiligten weiter reduzieren. Mit ELSTER, der elektronischen Steuererklärung, gehen wir damit in die richtige Richtung.

SPD: Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand so ausbauen, dass Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sowie in Innovation und Entwicklung ermöglicht und beschleunigt werden.
Indem wir das neue Mittelstandsförderungsgesetz konsequent umsetzen, verbessern wir die Rahmenbedingungen für den Mittelstand erheblich. Besonders die neu geschaffene Clearingstelle ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen im Saarland.
Mit dem so genannten „Einheitlichen Ansprechpartner (EA)“ des Saarlandes sorgen wir auch in Zukunft dafür, dass bürokratische Hürden für Dienstleistungsunternehmen kleiner werden.

DIE LINKE: DIE LINKE ist für den Abbau von Vorschriften, die für Bürger und Unternehmen eine Belastung sind und die zu der an vielen Stellen sichtbaren Politikverdrossenheit beigetragen haben.
Viele dieser Vorschriften sind allerdings Ergebnisse der Gesetzgebung im Bund und in Europa. Die Einflussmöglichkeiten einer Landesregierung sind deshalb eingeschränkt. DIE LINKE wird im Bundesrat und über europäische Gremien Partner suchen, um die als notwendig erkannten Änderungen mehrheitsfähig zu machen.

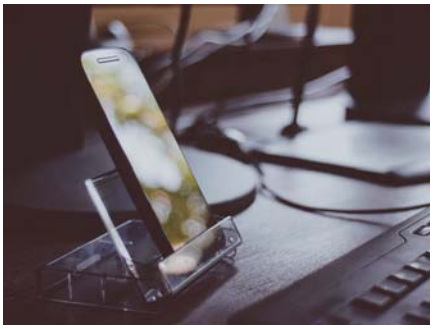
Grüne: Unnötige Bürokratie verursacht unnötige Kosten und wirkt sich negativ auf das wirtschaftliche Wachstum aus. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Regeln auf unnötige Bürokratie überprüft und angepasst werden.

FDP: Das Saarland soll nach dem Willen der FDP das Bundesland mit der modernsten Verwaltung werden. Wir fordern daher den strikten Abbau überflüssiger Verordnungen und Vorschriften.
Zugleich fordern wir verschlankte und prozessoptimierte Strukturen in der öffentlichen Verwaltung. Die Arbeitsschritte der Verwaltung, wie auch ihre Struktur, müssen auf Notwendigkeit, Effizienz und Nutzen hin überprüft und bei Bedarf reorganisiert werden.
Bei der Definition der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ist die Priorisierung auf staatliche Kernaufgaben zu beachten. Durch diese Maßnahmen

soll eine effiziente bürgernahe Verwaltung erreicht werden.
Auch für die Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung bietet die Digitalisierung Chancen: Wir wollen nach dem Vorbild Estlands die Digitalisierung aller öffentlichen Dienstleistungen im Land und in den Kommunen, um so Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

## 3. Thema: Digitalisierung

***Digitalisierung eröffnet den KMUs neue Chancen und bildet das Potenzial für neue Geschäftsmodelle und ein neues Arbeiten. Wir wollen, dass Mittelstand und Handwerk bei der Digitalisierung begleitet und deren Umsetzung in der Arbeitswelt durch Konzepte unterstützt werden. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen?***



CDU: Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit von KMU stärken. Klein- und Kleinstbetriebe, vor allem im Bereich Handel, Dienstleistungen und Handwerk stehen vor enormen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Deshalb wollen wir die Betriebe dabei unterstützen, sich auf neue Technologien (z. B. 3D-Druck), neue Aufgaben (z. B. Energieeffizienz-Systeme), neue Anforderungen im Bereich der Nachwuchs- und Personalgewinnung (z. B. durch Stärkung der Arbeitgeber-Attraktivität) und vor allem auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Geschäfts- und Kundenbeziehungen (Nutzung sozialer Netzwerke, eBusiness etc.) einzustellen. Dazu werden wir, ohne Doppelstrukturen zu schaffen, eine Kooperationsplattform auf den Weg bringen, innerhalb derer Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Wirtschaftsfördergesellschaften und Hochschulen inhaltlich und organisatorisch noch enger als bisher zusammenarbeiten; diese soll sich dabei auf Erst- bzw. Initialberatung beschränken und sie mit bereits bestehenden Leistungsangeboten kombinieren.
Außerdem werden hier die Innovationsberatung (Landes- und Bundesprogramme), die Beratungen nach dem Programm „Gründer-Coaching Deutschland" und die bereits praktizierte „Runder-Tisch-Beratung" bei Unternehmenskrisen gebündelt, sodass ratsuchende Unternehmer hier mit Blick auf KMU-Beratung „alles unter einem Dach" vorfinden.

SPD: Wie bei Frage 1 bereits benannt, wollen wir gerade die mittelständischen Unternehmen bei der Vorbereitung auf die Digitalisierung unterstützen, damit diese die sich bietenden Chancen erfolgreich nutzen können. Wir werden dazu ein „Aktionsprogramm Digitalisierung" für kleine und mittlere Unternehmen entwickeln, damit diese mit ihren Beschäftigten einen sicheren Weg in die digitale Zukunft finden. Dabei wollen wir auch das saarländische Handwerk als starke Säule der Saarwirtschaft unterstützen. Es zeichnet sich durch eine besondere Krisenfestigkeit aus und steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die Stärke der handwerklichen Betriebe wollen wir mit unserem Instrumentarium der Landesförderung sichern.

DIE LINKE: Das Saarland ist einer der wichtigsten Produktionsstandorte in Deutschland. DIE LINKE will, dass das Saarland bei Digitalisierung der Produktion und bei der Einführung von Industrie 4.0 Technologien ganz vorne mitspielt. Wir wollen dabei bestehende Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Wir wollen dabei mit den betroffenen Unternehmen und deren Belegschaften eng zusammen arbeiten.
Der Prozess der Digitalisierung ermöglicht den Unternehmen über die Veränderung der Produktionsprozesse eine Steigerung der Produktivität und damit die Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.
DIE LINKE stellt sich zugleich gegen Tendenzen, die Digitalisierung zu nutzen, um Arbeitnehmerrechte abzubauen, etwa durch die Ausbreitung von Werk- und Dienstverträgen, Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung.
Die mit der Digitalisierung ermöglichte Flexibilität darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte künftig an allen möglichen Orten und rund um die Uhr für ihre Unternehmen verfügbar sein müssen. Die neuen Arbeitsformen, die mit der Digitalisierung möglich werden, müssen so gesteuert und reguliert sein, dass die Beschäftigten unter ordentlichen Bedingungen arbeiten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit haben.
Die Digitalisierung verstehen wir als Chance, wenn sie nicht als Vorwand für die Ausbreitung prekärer Beschäftigung herhalten muss, sondern humane Arbeitsbedingungen begünstigt. Gerade in Zeiten der weiteren technologischen Veränderungen halten wir es außerdem für wichtig, das Normalarbeitsverhältnis zu stärken. Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge wollen wir zurückdrängen.
DIE LINKE will die Digitalisierung nicht allein als Chance der Unternehmen, sondern auch der Beschäftigten verstanden wissen. Deshalb werden wir einen Schwerpunkt im Bereich der innerbetrieblichen Aus-, Fort- und Weiterbildung setzen. Hier bedarf es neuer Programme und Fördermöglichkeiten, um die Prozesse in den Betrieben umzusetzen.

Grüne: Grundlage dafür, dass die Unternehmen die Chancen der Digitalisierung überhaupt nutzen können, ist zuallererst die Verfügbarkeit von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen. Hier hinkt das Saarland hinterher, gerade im ländlichen Raum. Das betrifft vor allem klein- und mittelständische Unternehmen. Hier muss investiert werden. Bei der Digitalisierung muss die saarländische Politik als Koordinator, Taktgeber und als Moderator in puncto gesellschaftlicher Akzeptanz und als Garant für sichere Datennetze agieren und den Unternehmen beratend zur Seite stehen.

FDP: In einer Informations- und Wissensgesellschaft wie der Bundesrepublik ist der Zugang zum schnellen Internet sowohl für die ökonomische wie soziale Teilhabe von zentraler Bedeutung.
Daher will die FDP den flächendeckenden Zugang zur Breitband-Internet-

versorgung durch einen Masterplan „Digitalisierung und Infrastruktur“ vorantreiben. Wir wollen eine Vernetzungsstelle Digitalisierung mit einer oder einem Bevollmächtigten des Landes für Digitalisierung, Informationstechnologie und E-Government, die oder der die Digitalisierungsstrategie leitet und koordiniert.
Beratungs- und Lotsenprogramme sowie Austauschforen für Industrie, Hochschulen sowie kleine und mittlere Unternehmen wollen wir im Wirtschaftsministerium bündeln. Schnelles Internet ist auch Grundlage für innovative, ressourcenschonende und familienfreundliche Arbeitsorganisation. Die FDP fordert daher ein mit Unternehmen entwickeltes Pilotprogramm für das nicht standortgebundene Arbeiten (Homeoffice/ Telearbeit).

## 4. Thema: Verkehrsinfrastruktur und -anbindung

***Um erfolgreich wirtschaften zu können, brauchen wir Unternehmen gute verkehrliche Anbindungen an den Rest der Republik und das Ausland. Dies gilt insbesondere für Flug- und Bahnverbindungen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig Ausbau und Erhalt der Infrastruktur gewährleistet werden können?***

CDU: Das Saarland ist ein weltoffenes Land im Herzen Europas. Unser Land hat eine hohe Exportquote, und viele Menschen pendeln täglich über die Landesgrenzen hinweg zu ihren Arbeitsplätzen. Sicherheit bedeutet daher auch, sich auf leistungsfähige Verkehrsverbindungen jederzeit verlassen zu können; insbesondere die Unternehmen der Saarwirtschaft brauchen logistische Effizienz, wie sie nur auf Grundlage einer hervorragend vernetzten Verkehrsinfrastruktur gewährleistet ist.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt so ausgebaut wird, wie dies vertraglich vereinbart ist. Wir werden nicht zulassen, dass Saarbrücken und das Saarland vom europäischen und deutschen Fernverkehrsnetz abgehängt werden.
Die Verbesserung des grenzüberschreitenden Nahverkehrs auf der Schiene ist für uns Teil der Frankreichstrategie; wir werden hierfür gemeinsam mit unseren Nachbarn in Frankreich, aber auch in Luxemburg, ein Konzept erarbeiten. Über die wichtige Nahestrecke Saarbrücken – Türkismühle – Mainz – Frankfurt ist das Saarland an den Frankfurter Flughafen und die Rhein-Main-Region angebunden; im saarländischen Abschnitt ist diese Strecke bereits durchgehend elektrifiziert. Wir werden uns beim Bund und der Bahn dafür einsetzen, dass diese Strecke so ertüchtigt wird, dass sie vollständig elektrifiziert wird und mittelfristig für Güterverkehr genutzt werden kann.
Der Flughafen Saarbrücken ist ein unverzichtbarer Standortfaktor mit hoher regionalwirtschaftlicher Bedeutung. Es wird darauf ankommen, weiterhin ein attraktives Angebot an Linien- und Charterflügen aufrecht zu erhalten und damit das Profil des komfortablen, internationalen Regionalflughafens zu schärfen, der das Angebot zwischen Luxemburg und Frankfurt komplettiert und im Markt dauerhaft seine Position behauptet.

SPD: Den erfolgreichen „Masterplan Industrieflächen“ werden wir, wie bei Frage 1 beschrieben, weiter umsetzen, um die Entwicklung kommunaler Industrie- und Gewerbeflächen besonders zu fördern und gute Anbindungen an das Verkehrsnetz sicherzustellen.
Auch zur Sicherung unserer Infrastruktur brauchen wir ein echtes „Jahrzehnt der Investitionen“. Deshalb werden wir eine Offensive zur Verbesserung der Landstraßen starten und ein Programm „Gute Straßen für das Saarland“ auflegen. Der Erhaltung von Brücken werden wir uns in den nächsten Jahren besonderes widmen. Attraktive Fernverkehrsverbindungen entscheiden über Image und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss der Bund seiner Verpflichtung nachkommen, uns langfristig und verbindlich an wichtige Fernverkehre anzubinden. Wir treten für einen zwischen Bund und Ländern abgestimmten Fernverkehrsplan ein, damit Fern- und Nahverkehr sinnvoll verknüpft und vertaktet werden können. Die Sicherung und Verbesserung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt hat für uns höchste Priorität. Im schienengebundenen Nahverkehr setzen wir insbesondere auf Verbesserung der Qualität vor Ausbau. Dazu gehören für uns die Reduzierung von Ausfällen und Verspätungen sowie eine Verbesserung der Taktabstimmung.
Wir haben die Zukunft des Flughafens Saarbrücken gesichert und so einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung für den Wirtschaftsstandort Saarland geleistet. Den erfolgreichen Konsolidierungskurs werden wir fortsetzen, damit der Flughafen ab 2020 ohne Defizit im Flugbetrieb auskommt. Dabei werden wir wichtige und notwendige Sicherheitsinvestitionen prioritär umsetzen.

DIE LINKE: DIE LINKE wird sich nicht damit abfinden, dass das Saarland verkehrspolitisch aufs Abstellgleis geschoben wird: Die ICE/ TGV-Verbindung Paris – Saarbrücken – Frankfurt darf nicht weiter ausgedünnt werden.
Das Land braucht zudem eine bessere und schnelle Anbindung an andere Regionen wie etwa Köln, Stuttgart und München zu bezahlbaren Preisen. Die Bahn gehört zu 100 Prozent dem Bund, deshalb darf Profit nicht alles für sie sein. Auch der Bus- und Bahnverkehr im Saarland muss dringend verbessert werden. Gerade auf dem Land fühlen sich viele Menschen abgehängt. Notwendig sind mehr Verbindungen und einfachere Strukturen, bezahlbar für alle. Das Nachbarland Luxemburg führt einen kostenlosen ÖPNV für Schüler ein und in der Stadt Luxemburg stehen Busse und Bahnen jeden Samstag kostenlos zur Verfügung. Eine solche Entwicklung sollte sich das Saarland zum Vorbild nehmen.
Auch der Flughafen in Saarbrücken ist ein wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur des Landes. Für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung ist er unverzichtbar, daher wird sich DIE LINKE für eine nachhaltige Sicherung einsetzen. Dazu bedarf es einer stabilen wirtschaftlichen Grundlage. Die Fortsetzung einer Politik, die die Infrastruktur des Landes wie in den vergangenen Jahren auf Verschleiß fährt, wird es mit der LINKEN nicht geben. Laut IHK gibt das Saarland pro Kopf und Jahr 114 Euro weniger für

Investitionen aus als der Schnitt der anderen Bundesländer. Dadurch ist in den letzten zehn Jahren ein Investitionsstau von einer Milliarde Euro entstanden. Laut Bauwirtschaft wird im Saarland nur halb so viel in Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude hineingesteckt, wie nötig wäre, um nur den Zerfall aufzuhalten.
In den letzten Jahren wurden die Mittel für Investitionen in Verkehr, Hochschulen und Wirtschaftsförderung mehr als halbiert. DIE LINKE will das ändern. Das Land muss zumindest wieder so viel investieren wie die anderen Länder auch.

Grüne: Eine gute Bahnanbindung ist für den Wirtschaftsstandort Saarland von entscheidender Bedeutung. Das Saarland wird aber zunehmend vom Eisenbahnverkehr abgekoppelt. Die Verbindungen in die Wirtschaftszentren Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr sowie nach Metz und Straßburg werden immer weiter abgebaut.
Wir wollen das Saarland wieder besser ankoppeln an den Bahnknoten in Mannheim durch eine stündliche Verbindung und die Metropolen Paris, Frankfurt, Stuttgart mit einer zweistündigen Fernverkehrsanbindung erreichen. Das gleiche gilt für den Kölner Raum und weitere Ziele in Norddeutschland. Wir wollen, dass das Saarland nicht erst im Jahr 2029 in die DB Fernverkehrsoffensive einbezogen wird, sondern schon früher an einem Integrationsmodell mit Fern- und Nahverkehr beteiligt wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund seiner grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommt, eine gute Anbindung im Eisenbahnfernverkehr sicherstellt und dass der rechtliche Rahmen durch ein Fernverkehrssicherstellungsgesetz geschaffen wird.

FDP: Eine leistungsfähige Gesellschaft braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Vor allem die Wirtschaft und die saarländischen Unternehmen sind darauf angewiesen. Im Bereich Infrastruktur ist im Saarland während der letzten 10 Jahre eine ständig wachsende Investitionslücke entstanden, in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Das Land und die saarländischen Kommunen investieren fast ein Drittel weniger als die anderen Bundesländer. Die Investitionsquote, der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget, ist unter 10 % gesunken. Diesen Investitionen sind auch die Aufwendungen für Sanierung und Instandhaltung hinzuzurechnen. Es gibt im Saarland einen riesigen Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und öffentlichen Gebäuden. Allein bei den Hochschulen besteht ein Sanierungsstau in Höhe von 400 Millionen Euro. Neben diesem Reparaturbedarf muss im Haushalt aber auch genügend Spielraum bleiben für offensive Zukunftsinvestitionen. Diesen notwendigen Spielraum kann das Saarland nur erhalten, wenn bei den Haushaltsmitteln umgeschichtet wird von konsumtiven Ausgaben zu investiven Ausgaben. Die Grundlage dafür soll ein kurzfristig zu erstellender 10-jähriger Investitionsplan bilden.
Für die saarländische Wirtschaft und alle Arbeitsplätze im Saarland ist eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur erforderlich. Daher fordert die FDP den Erhalt und die bedarfsorientierte Pflege der Infrastruktur im Saarland. Dies gilt für die Straße, die Schiene, die Wasserstraße sowie das Radwege- und Fußgängerwegenetz.
Das Saarland liegt im Herzen Europas und darf nicht vom Schienenverkehrsnetz abgehängt werden. Wir wollen durch gemeinsame Planung und Ausschreibungen mit Rheinland-Pfalz und der Großregion den Bahnverkehr stärken. Das Saarland muss auf die französischen Partner einwirken, den notwendigen Ausbau der Strecke Forbach – Baudrecourt zur Sicherung des Nordastes der Verbindung Frankfurt-Paris schnellstmöglich umzusetzen. Auch gilt es, die Anbindung des Saarlandes an den wirtschaftlichen Motor der Großregion, Luxemburg, zu stärken:
- Die FDP Saar setzt sich für die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Pilotprojektes im Bahnverkehr zwischen Saarbrücken und Luxemburg ein.
- Die FDP Saar setzt sich für die Aktivierung der S-Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken ein.
Die Anbindung an den internationalen Luftverkehr ist ein wichtiger Standortfaktor einer Region. Der Flughafen Saarbrücken ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, wobei insbesondere auf eine effizientere Organisation seines Betriebs zu achten ist.
Die FDP hält an der Wichtigkeit eines guten Fernbusverkehrsnetzes fest und sieht das Saarland hier in der Pflicht, diesem – auch aufgrund seiner zentralen Lage in Europa – Rechnung zu tragen. Daher fordert die FDP, einen angemessenen zentralen Omnibusbahnhof in unmittelbarer Nähe zum Saarbrücker Hauptbahnhof und der Saarbahn zu errichten.
Die Freien Demokraten fordern darüber hinaus die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur verstärkten An- und Einbindung des Landes in nationale und grenzüberschreitende Verkehrsnetze.
Die FDP Saar fordert eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs, denn auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Verkehr ist eine Voraussetzung zur Vergrößerung von Lebenschancen und Teilhabe. Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr sind insbesondere bei der Taktung von Tagesrandzeiten, vor allem freitags und samstags erforderlich. Dringend notwendig ist es aber auch, den Zustand und die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Haltestellen zu verbessern sowie den Ausbau von Park-and-ride-Systemen an geeigneten Standorten voran zu treiben. Die Freien Demokraten halten die landesweite Organisation eines einheitlichen öffentlichen Nahverkehrssystems für sinnvoll, welches das ganze Land mit Bahnen und Bussen mit kurzer Taktung und einheitlichen Tarifen verbindet.

## 5. Thema: Berufliche Bildung

***Momentan hat es den Anschein, als ob nur die Hochschulen überproportional gefördert werden sollen und die berufliche Bildung finanziell und personell abgehängt wird. Allerdings sind gut ausgebildete Lehrlinge für die Wirtschaft genauso wichtig wie Akademiker; sie sind notwendige Standortvoraussetzung für erfolgreich agierende Unternehmen, seien es nun kleine, mittlere oder große. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssen wir dabei auch die Attraktivität der dualen Berufsausbildung weiter steigern. Wel-***

***che diesbezüglichen Maßnahmen planen Sie?***

CDU: Angesichts des technologischen Wandels und des zunehmenden Wettbewerbsdruckes braucht unser Mittelstand qualifizierte und motivierte Führungs- und Nachwuchskräfte. Daher wollen wir das bewährte System der dualen Ausbildung stärken und es – über die Meisterausbildung hinaus – um eine zusätzliche neue Qualitäts- und Karrierestufe verlängern. Wir werden uns dazu auf Bundesebene und gemeinsam mit den anderen Bundesländern dafür eintreten, das Konzept der „Höheren Berufsbildung" bundesweit umzusetzen. Dieses Modell wird aufstiegsorientierten Fachkräften neue Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklung bieten; sie sollen dabei – ohne eigenes spezielles Studium – eine inhaltlich hochwertige, praxis- und anwendungsorientierte Fachlichkeit erwerben können und auf dieser Grundlage in den Genuss eines neuen arbeitsmarktnahen Karrierewegs als gleichwertiger Alternative zur akademischen Bildung kommen.
Mit dem Konzept der „Höheren Berufsbildung" werden wir eine neue berufliche Bildungsmarke etablieren, die Fachkräften mit der Qualifikation eines Meisters, Fachwirts oder Technikers einen dem akademischen Studium gleichwertigen Status bietet. Dazu müssen die Berufslaufbahnkonzepte so weiterentwickelt werden, dass sie in Bezug auf Qualitätsstandards und Prüfungsanforderungen den beiden akademischen Bildungsmarken „Bachelor" und „Master" entsprechen. Dazu müssen die Aus- und Fortbildungsverordnungen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung innerhalb eines Berufs strukturell und inhaltlich (curricular) aufeinander abgestimmt werden.
Bei der Novellierung von Ausbildungs- und entsprechenden Fortbildungsverordnungen sollen die beruflichen Qualifikationen auf den unterschiedlichen Qualitätsstufen (DQR) eng miteinander verzahnt werden; damit sollen gezielt Anreize für die Aufnahme von Fortbildungen und das Fortführen eines bereits eingeschlagenen Karriereweges gesetzt werden.
Das Konzept der „Höheren beruflichen Bildung" als neue Bildungsmarke bundesweit durchzusetzen, erfordert einheitliche Niveau- und Abschlussbezeichnungen für den erfolgreichen Abschluss der dafür erforderlichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Wichtig für die Gewährleistung der internationalen Vergleichbarkeit und Anerkennung ist vor allem eine einheitliche Titulierung der Abschlüsse; die Qualität der „Höheren Berufsbildung" ist durch bundeseinheitliche Standards für die inhaltliche, organisatorische und personelle Umsetzung des Konzeptes (Curriculum, Lehrkräfte, etc.) zu sichern. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung muss aber auch materiell sichtbar werden. Daher wollen wir bestehende Stipendiensysteme und das Meister-BAföG ausbauen, um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Bildungsgängen der „Höheren Berufsbildung" – auch beim Erwerb mehrerer beruflicher Qualifikationen – finanziell zu unterstützen. Wir im Saarland werden dazu eine spezielle Zuschussregelung („Meister-Bonus") schaffen.

SPD: Für die SPD Saar beginnt der Start in eine sichere berufliche Zukunft mit einer guten Ausbildung. Der Bildungsweg junger Menschen endet nicht mit dem Erreichen eines ersten berufsqualifizierenden Schulabschlusses. Gerade mit einer dualen Ausbildung öffnen sich jungen Menschen beste Karrierechancen – in Handel und Handwerk, in Industrie, Dienstleistung und Gastgewerbe. Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll der Zugang zu einer Ausbildung garantiert werden. Alle sollen dabei genau die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.
Das gilt gleichermaßen für die Unternehmen. Denn wer ausbildet, stellt sich auch seiner gesellschaftlichen Verantwortung. Wir führen das erfolgreiche Instrumentarium des Landes zur Ausbildungsförderung fort. Dazu gehören die bereits laufenden Maßnahmen, wie Perspektive Handwerk, Ausbildungsinitiative, Programm „Ausbildung jetzt", AnschlussDirekt, Lückenlose Betreuung ebenso wie gezielte Kampagnen zur Bewerbung der dualen Berufsausbildung.
Wir wollen auch deutlich machen, welche Karrierechancen mit einer dualen Berufsausbildung möglich sind. Dazu werden wir die finanziellen Belastungen der Meister der Zukunft durch einen Meisterbonus deutlich reduzieren, um das Handwerk und die duale Berufsausbildung attraktiver zu machen.
Wir wollen die Beschäftigten fit für die Herausforderungen der Zukunft machen und als Fachkräfte für das Saarland sichern. Wenn sich Arbeitsplätze wandeln, müssen die Beschäftigten zudem die Chance erhalten, durch Weiterbildung Schritt zu halten. Dazu wollen wir auch kleine und mittlere Unternehmen sensibilisieren. Weiterbildung muss voran gehen und für alle möglich sein. Sie ist Schlüssel zu neuer Beschäftigung.
Das enorme Potenzial der Hochschulen wollen wir dabei nutzen und Angebote schaffen, die von Beschäftigten benötigt und nachgefragt werden - auch um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu erhöhen.

DIE LINKE: DIE LINKE steht zur dualen Ausbildung, da Qualifikationen in Theorie und Praxis vermittelt werden, junge Menschen in betriebliche Abläufe eingebunden sind und vielfältige Kenntnisse über den Beruf und den Betrieb sowie über Kommunikationsstrukturen in der Arbeitswelt erlernen.

Zusätzlich steigen die Chancen auf Übernahme nach der Ausbildung. Es wird in den folgenden Jahren darauf ankommen, die Rahmenbedingungen der Ausbildung so zu gestalten, dass junge Menschen sich bewusst für diesen Weg entscheiden. Dafür sind die Inhalte einer Ausbildung gemäß dem technischen Fortschritt und den damit verbundenen Anforderungen weiter zu entwickeln. Darüber hinaus sind Perspektiven durch Übernahme in sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung zu schaffen.
Die duale Ausbildung muss mit einer stärkeren Tarifbindung attraktiver gemacht werden. Die Betriebe entscheiden mit darüber, ob sich junge Menschen für ein Studium oder eine Berufsausbildung entscheiden. Wichtig sind hierbei eine qualitativ gute Ausbildung, anständige Löhne, ordentliche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie gute Entwicklungsperspektiven im Beruf.
DIE LINKE befürwortet zudem die Auflegung von Förderprogrammen für Wiedereinsteiger, für Ausbildungs- und Studienabbrecher sowie für Frauen, damit mehr Jugendliche sich für Handwerksberufe begeistern.

Grüne: Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Sie gilt als Vorbild in Europa. Sie ist aber auch nur so gut, wie sie Jugendlichen eine echte Perspektive gibt. Das ist nicht immer der Fall. Das Übergangssystem wie es derzeit besteht, ist teuer und ineffizient.
Um eine Alternative zu schaffen, soll die Vielzahl der bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung überführt werden.
Zusammen mit den Sozialpartnern, den Kammern und der Bundesagentur für Arbeit müssen überbetriebliche Ausbildungsstätten als zusätzliche Träger einer betriebsnahen Ausbildung auf- bzw. ausgebaut werden, die zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip mit hohen betrieblichen Anteilen anbieten. Das allein reicht aber nicht aus. Die Jugendlichen müssen auch dabei unterstützt werden, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen und zu einem anerkannten Berufsabschluss zu gelangen.
Nicht nur, aber insbesondere im Saarland ist die Zahl der Ausbildungsabbrüche viel zu hoch. Sie liegt bei 27,3 % und damit um rund 3 Prozentpunkte höher als im Bundesschnitt. Die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit, wie sie im Konzept der Jugendberufsagenturen vorgesehen sind, müssen hierfür ausgebaut werden.

FDP: Der saarländischen Wirtschaft fehlen Fachkräfte. Ausbildung des Nachwuchses und Fachkräftegewinnung durch gezielte Einwanderung reichen nicht aus, um dieses Problem zu lösen. Vordringlich ist die Nutzung vorhandener Potenziale. Fachkräftesicherung muss mehr als bisher Aufgabe saarländischer Wirtschaftspolitik werden.
Die Potenziale älterer Arbeitnehmer über 50 Jahre sind durch eine lebensphasenorientierte Personalpolitik besser auszuschöpfen – mit Hilfe eines betrieblichen Altersmanagements, das die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer in allen Perioden ihrer beruflichen Laufbahn erhält, Erfahrung und Lernfähigkeit bewahrt und für Kontinuität sorgt. Kernpunkt des Altersmanagements ist lebenslanges Lernen. Gleichgültig welcher Abschluss im Bildungs- und Ausbildungsprozess erreicht wird, ob mittlere Reife, Abitur oder Hochschulabschluss, niemand darf mehr glauben, damit sei es fürs ganze Leben getan. Wer heutzutage nicht schon kurz nach Eintritt ins Berufsleben beginnt, sich fortzubilden, wird in absehbarer Zeit ins Hintertreffen geraten.
Beschäftigungsfähigkeit (employability) setzt lebenslanges Lernen voraus (permanent learning). Dafür muss in erster Linie jeder Einzelne selber sorgen, das ist seine eigene Verantwortung.
Fortbildung liegt aber auch im Eigeninteresse der Unternehmen. Und sie ist darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Umso alarmierender ist, dass das Saarland im neuen Weiterbildungsatlas Schlusslicht ist, wenn auch zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und NRW. Das muss sich ändern. Lebenslanges Lernen muss im Saarland gleichberechtigt neben vorschulische Erziehung, Schul- und Hochschulbildung treten.
Gleichzeitig muss auch das Potenzial junger Menschen besser genutzt werden. Das ist allein schon durch Absenkung von Abbrecherquoten im Bildungssystem sowie durch den Ausbau und die Optimierung der Berufsschulbildung möglich. Das duale System ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Bildungspolitik, ein „USP" (unique selling proposition) Deutschlands neben Österreich und der Schweiz.
Vor einer einseitigen Akademisierung aller Berufe ist zu warnen. Universität und Hochschule sind nicht allein der Königsweg für den Erfolg. Das duale System ist einer der wichtigsten Faktoren für den Erfolg Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und muss seinen eigenständigen Rang im Bildungssystem neben der Hochschulausbildung behalten. Auch Investitionen in das duale System sind Zukunftsinvestitionen für das Saarland.

## 6. Rückblick: Ihre Erfolge für den Mittelstand

***Welche Verbesserungen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Saarland in den vergangenen 10 Jahren lassen sich auf Ihre Initiativen zurückführen?***

CDU: Wir stehen ein für eine mittelstandsfreundliche Politik und setzen uns aktiv für die Qualifizierung und Internationalisierung des Mittelstands und für die Wirtschaftsförderung ein.
Die CDU hat auf Bundesebene entscheidend an einer mittelstandsfreundlichen Reform der Erbschaftssteuer mitgewirkt: Die Neuregelung verhindert, dass der Mittelstandsmotor in unserem Land ins Stocken gerät. Mit einer weitgehend erbschaftssteuerbefreiten Betriebsübergabe werden Arbeitsplätze gesichert. Davon profitieren nicht nur die Mitarbeiter, sondern wir alle in Form garantierter zukünftiger Steuereinnahmen.
Wir haben bereits erreicht, für das Saarland das fortschrittlichste und mittelstandsfreundlichste Mittelstandsförderungsgesetz zu verabschieden. Diesen Weg werden wir weiter gehen und uns für die Stärkung mittelständischer Unternehmen ein-

setzen.
Mit dem Konzept des Masterplans Industrieflächen konnten wir eine weitere Aufwertung des Wirtschaftsstandorts realisieren und attraktive Bedingungen für KMUs schaffen. Die Erschließung der Industrieflächen Lisdorfer Berg und Am Zunderbaum spiegeln die nach wie vor starke Nachfrage von Unternehmen nach großen zusammenhängenden Flächen und kleinen Arealen wider.
Durch den Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen und die Haushaltskonsolidierung haben wir uns den notwendigen Spielraum erarbeitet, um im nächsten Jahrzehnt massiv in die Infrastruktur im Saarland investieren zu können. Dazu müssen wir unsere Infrastrukturverwaltung besser aufstellen, indem wir die auf mehrere Ministerien verteilten Kompetenzen und Ressourcen in einem – an ein bestehendes Ressort angegliedertes – „Bau- und Infrastrukturministerium" zusammenführen. In diesem werden wir alle infrastrukturrelevanten Fragen bündeln, so dass zukünftig vom Breitbandausbau, über die Hochbauverwaltung bis hin zum Straßenbau und zur Landesplanung Infrastruktur aus einem Guss geplant und umgesetzt wird. Wir sorgen dabei für eine aufgabengerechte Personalausstattung und geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen; diese zentrale Bauverwaltung ist dann das Kompetenzzentrum des Landes für Hoch- und Tiefbaufragen, sonstige Bauprojekte und Liegenschaftsverwaltung. Damit vermeiden wir Reibungsverluste und Schnittstellen, bündeln vorhandene Fördermittel (Städtebauförderung, Straßenbau, Wohnraumförderung) und Rechtssetzungskompetenzen (Landesplanung, Oberste Bauaufsichtsbehörde), sorgen für einen reibungslosen und effizienten Abruf von Fördermitteln und optimieren die Planungs- und Entscheidungsprozesse.
Gleichzeitig schaffen wir eine zentrale Liegenschaftsverwaltung: So heben wir Raumreserven, trennen uns von nicht mehr benötigten Immobilien, optimieren den zu bewirtschaftenden Immobilienbestand und halten ihn – bei niedrigeren Kosten – in einem guten Zustand.

SPD: In den vergangenen fünf Jahren konnten wir starke Impulse für den Mittelstand setzen. Uns hat dabei der Grundsatz geleitet, dass erfolgreiches Wirtschaften, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung keine Gegensätze sind. Nach knapp vierzig Jahren haben wir endlich das Mittelstandsförderungsgesetz umfassend reformiert und die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen deutlich gestärkt.
Bundesweit einmalig: Wir haben erstmals eine Clearingstelle und eine vergaberechtliche Nachprüfstelle eingerichtet, die kleine und mittlere Unternehmen vor einem Übermaß an Bürokratie schützen und die Möglichkeit zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit bei Auftragsvergabe bei öffentlichen Aufträgen schon bei einem geringeren Finanzvolumen ermöglichen.
Wir haben es mit einer neuen Ausgestaltung des Vergaberechts KMU im Wettbewerb mit großen Betrieben leichter gemacht, an öffentliche Aufträge zu kommen. Auch ist im Gesetz eine mittelstandsfreundliche Zahlungsweise der öffentlichen Hand aufgenommen. Zahlungen sollen direkt, spätestens aber 30 Werktage nach Zugang der ordnungsgemäßen Abrechnung ausgeführt werden.
Neues gibt es auch bei der Förderung: Das Gesetz öffnet die Fördermöglichkeit auch für freie Berufe und hebt die bisherige Einschränkung auf. Bei den Fördermöglichkeiten wird mehr Flexibilität bei Einzelfördermaßnahmen geschaffen.
Das von uns initiierte „Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar" sichert schon heute die Arbeitskräfte von morgen. Wir haben die Weiterbildungsförderung mit dem Programm „Kompetenz durch Weiterbildung" gezielt für kleinere und mittlere Unternehmen neu aufgestellt.
Wir haben nicht nur für eine modern aufgestellte Gründungs- und Wirtschaftsförderung gesorgt, die im laufenden Jahr zu einem spürbar höheren Fördervolumen geführt haben. Gerade an kleine und mittlere Unternehmen werden 2017 mehr Zuschüsse fließen, als noch im vergangenen Jahr.
Wir haben darüber hinaus mit dem neu aufgelegten Handbuch „Impulse für den Mittelstand" für mehr Überblick für die Unternehmen gesorgt: Die Förderinstrumente und Förderangebote für Unternehmerinnen und Unternehmer haben wir hier übersichtlich zusammengestellt. Mit dem Mittelstandsbeirat haben wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit gemeinsam mit der Wirtschaft nicht nur mittelstandspolitische Maßnahmen besprochen, sondern über wichtige Zukunftsthemen von der Kreativwirtschaft bis hin zur Entwicklung von Ortskernen beraten.

DIE LINKE: DIE LINKE im Saarland war in den vergangenen zehn Jahren an keiner Landesregierung beteiligt. Alle unsere Initiativen und Anträge, die die Situation des Mittelstandes im Saarland verbessert hätten, wurden von CDU und SPD im Parlament abgelehnt.

Grüne: Wir Grüne haben uns in den vergangenen zehn Jahren ständig dafür eingesetzt, dass die Bedingungen und die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen im Land verbessert wird – sowohl zeitlich als auch strukturelle.
Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode darauf gedrängt, dass das veraltete Mittelstandsförderungsgesetz reformiert wird und haben im Gesetzgebungsverfahren mit einem Abänderungsantrag gefordert, dass die klein- und mittelständischen Unternehmen eine stärkere Stimme in der neu eingerichteten Clearingstelle Mittelstand bekommen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Landtages abgelehnt.

FDP: In den 2,5 Jahren in der Landesregierung gelang uns doch einiges, um den Mittelstand zu fördern.
So war uns der Erhalt der Firma Saargummi und Halberg Guss wichtig, da dort nicht nur viele tausend Arbeitsplätze direkt, sondern auch viele Arbeitsplätze und Firmen indirekt betroffen waren. Diese Rettung war nicht nur für den Mittelstand, sondern auch für den Standort Saarland unglaublich wichtig. Zusätzlich haben wir es nicht verpasst, über Jahre mehr Geld in die Hochschulen zu investieren.
Auf unsere Initiative hin wurde der Masterplan Energie so abgeändert, dass Schaden am saarländischen Mittelstand abgewendet werden konnte. Seit das Wirtschaftsministerium unter FDP-Führung stand, wurde dort ein zentraler Ansprechpartner speziell für den Mittelstand geschaffen. Diese Förderstelle Mittelstand geht auf die alleinige Initiative der Freien De-

mokraten im Saarland zurück. Leider wurde das von der FDP eingebrachte Mittelstandsgesetz durch die Aufkündigung der Koalition nicht mehr weiterverfolgt.
Zusätzlich wurde die Erhöhung der Grunderwerbssteuer unter Beteiligung der FDP mehrmals ausgesetzt.

## 7. Schlussstatement

### Warum sollen saarländische KMUs und Selbstständige am 26. März Ihre Partei wählen?

CDU: • Infrastruktur ist Motor für Lebensqualität und Wachstum. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir eine besser strukturierte Bauverwaltung brauchen. Das Saarland ist ein Land der kurzen Wege – diesen Vorteil müssen wir nutzen. Viele Köche verderben den Brei, deshalb sollten wir alle für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen relevanten Stellen als eine starke Säule in einem bestehenden Ministerium bündeln. Wir wollen alle baurelevanten Kompetenzen in einem Infrastrukturministerium bündeln, um das Saarland als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort zu erhalten. Bessere Nutzung, weiterer bedarfsgerechter Ausbau und intelligente Gestaltung der Infrastruktur in allen Bereichen sind entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Lebensqualität. Wir sind überzeugt, dass die Einrichtung eines Bau- und Infrastrukturministeriums das Saarland weiterbringen würde.
• Es ist dem klugen Verhandlungsgeschick der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zu verdanken, dass wir für das Saarland über alle Maßen zufriedenstellende Ergebnisse bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erzielen konnten. Das Saarland hat sich durch die Haushaltskonsolidierung den notwendigen Spielraum erarbeitet, um im nächsten Jahrzehnt massiv in die Infrastruktur im Saarland und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes investieren zu können.
• Das Rückgrat der Saarwirtschaft ist der Mittelstand. Derzeit sitzen für die CDU zwei Abgeordnete im Landtag, die gleichzeitig ein Unternehmen führen. Darüber hinaus haben die Interessen des Mittelstandes durch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Saar eine gewichtige Stimme. Dies zeigt, dass im politischen Diskurs sowie im Gesetzgebungsprozess die Interessen der KMU sowie Gewerbe-, Fach-, Branchenverbände und Innungen im Saarland, insbesondere im Vergleich zu anderen Parteien, überproportional vertreten sind.

SPD: Wir machen uns weiterhin mit einer modernen Wirtschaftspolitik für den Mittelstand stark. Als Rückgrat der saarländischen Wirtschaft sorgt er mit seinen starken Unternehmen im Besonderen dafür, dass die Menschen im Saarland ein Gutes Leben führen können. Der Mittelstand sichert Wachstum und Beschäftigung im Land. Dabei werden wir die kleinen und mittleren Unternehmen gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung umfassend unterstützen und stets ein offenes Ohr für die Unternehmerinnen und Unternehmer haben.

DIE LINKE: Die Linke will die Macht großer Unternehmen und Konzerne beschränken, deren Geschäftsgebaren viele Selbständige sowie kleine und mittelständische Unternehmen ausgesetzt sind.
Zudem setzen wir uns für eine steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe durch die Abschaffung des sogenannten Mittelstandsbauchs ein. Wir wollen die Grunderwerbssteuer senken. Wir werden die bestehenden Förderstrukturen des Landes überarbeiten und an veränderte Rahmenbedingungen am Standort anpassen.
Mit unserem Saarland-Fonds werden wir KMU im Krisenfall aktiv begleiten und unterstützen. Mit mehr Investitionen will DIE LINKE die saarländische Infrastruktur sanieren, gerade davon werden KMU und Handwerk im Saarland profitieren.
Wenn das Land etwas für seine Straßen, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen tut, schafft es damit auch Aufträge für den saarländischen Mittelstand.

Grüne: Wir Grüne sind die Stimme der Zukunft – nicht nur in der Umwelt- und Energiepolitik, auch in wirtschaftspolitischen Fragen.
Wir kämpfen seit jeher dafür, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Hierfür sehen wir unsere Verbündeten in den klein- und mittelständischen Unternehmen.
Sie wollen wir stärken und sie auf ihrem Weg in die Zukunft begleiten. Wir sehen die Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft von großindutriellen Strukturen kritisch.
Wir wollen die saarländische Wirtschaft unabhängiger machen und hierfür klein- und mittelständische Unternehmen als Rückgrat der saarländischen Wirtschaft in den Fokus nehmen.

FDP: Das Saarland ist in vielen Indikatoren Schlusslicht, aber wir wissen: Das Saarland kann mehr, will mehr und verdient mehr. Wir, die Saar-Liberalen, wollen, gemeinsam mit den Saarländerinnen und Saarländern, mit Mut und Optimismus die Herausforderungen der Finanzlage, des demografischen und wirtschaftlichen Wandels gestalten: Unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit: Mehr Freiheit! Sie führt zu mehr Chancen für alle Saarländerinnen und Saarländer.
Aufgabe des Staates ist die Rahmensetzung und seine Einhaltung und Durchsetzung und nicht die detaillierte Ausführungsbestimmung! Wir wollen nicht den Status quo erhalten, sondern durch neues Denken das Saarland zum Land der Chancen machen.
Die Rangfolge staatlicher Aufgaben bestimmt staatliches Handeln, und daraus müssen die Ausgaben-Prioritäten abgeleitet werden:
1. Innere und äußere Sicherheit (Polizei und Justiz)
2. Ausbau und Unterhaltung der Infrastruktur (Verkehrswege, Informationsnetze, öffentliche Dienstleistungen, nicht: öffentliche Verwaltung)
3. Bildungsangebote und -leistungen

**Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.**

# UNSERE FORDERUNGEN AN DIE NEUE LANDESREGIERUNG

GVS
Gewerbeverband des Saarlandes e.V.

**Breitbandausbau – muss schnell und flächendeckend kommen!**

Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch sind ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen. Eine bedarfsgerechte Infrastruktur schafft auch im ländlich strukturierten Raum neue Arbeitsplätze, bremst die negative Wirkung des demografischen Wandels und bildet vielfach die Voraussetzung für Innovationen und Wachstum.

**Verkehrsinfrastruktur – konsequent ausbauen und erhalten**

Ein leistungsfähiges Verkehrsinfrastrukturnetz bildet die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Austausch zwischen den Unternehmen sowie zwischen den Unternehmen und deren Kunden. Daher muss die Verkehrsinfrastruktur Priorität genießen und die dem Land zur Verfügung stehenden Mittel müssen konsequent eingesetzt werden. Die im Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommenen Vorhaben müssen zügig umgesetzt werden. Zudem müssen qualitativ hochwertige Flug- und Bahnanbindungen gesichert und ausgebaut werden.

**Innovationsstandort – KMU freundlich gestalten**

Damit die KMU auch im Saarland zu den Vorreitern des technologischen Fortschritts gehören, brauchen wir eine ganzheitliche Weiterentwicklung der Innovationsförderung und –finanzierung. Des Weiteren muss Ansiedlungspolitik, Unternehmensförderung und Wissenschaftspolitik aufeinander abgestimmt sein, um den kleinen und mittelständischen Unternehmen einen niedrigschwelligen Zugang zum Technologietransfer zu bieten. Wichtig ist hierbei, dass die entsprechenden Programme so ausgestaltet werden, dass die Kosten-Nutzen-Relation aus Sicht der KMU attraktiv ist.

**Standortmarketing – Stärken offensiv vermitteln**

Das Saarland ist ein lebenswerter Wirtschaftsstandort. Die vorhandenen Standortstärken - beste Bedingungen für junge Familien, ein attraktiver Arbeitsmarkt und eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft - gilt es, noch offensiver zu vermitteln. Des Weiteren muss der Standort so aufgewertet werden, dass die Wertschöfpungsketten nicht nur im Saarland enden sondern auch hier beginnen.

**Berufliche Bildung – zukunftssicher und attraktiv gestalten**

Grundlage für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand ist die Qualität in der Bildung. Neben einer adäquaten Finanzierung der Hochschulen darf die berufliche Bildung inklusive der Fort- und Weiterbildung finanziell und personell nicht abgehängt werden. Gut ausgebildete Facharbeiter sind für die Wirtschaft genauso wichtig wie Akademiker; sie sind notwendige Standortvoraussetzung für erfolgreich agierende Unternehmen, seien es nun kleine, mittlere oder große. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels muss die Attraktivität der dualen Berufsausbildung gesteigert werden.

**Unternehmenssicherung und -wachstum – Grundaufgaben der Wirtschaftsförderung wahrnehmen**

Mit der Saarland Offensive für Gründer SOG bemüht sich das Land intensiv um die Förderung und Unterstützung von Existenzgründern. Maßnahmen zur Existenzsicherung und zur Wachstumsförderung kommen bislang zu kurz. Es werden effektive Programme zur Sicherung bereits bestehender Unternehmen benötigt. Gleichzeitig benötigen die saarländischen KMU Unterstützung bei der Akquise von Wachstums- und Wagniskapital. Nur so werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und Innovationen, Patente und unternehmerisches Know-how bleiben dem Saarland erhalten

**Gesetzgebung – aktive Deregulierung vorantreiben**

Unnötige Bürokratie bremst die wirtschaftliche Betätigung und verursacht Kosten. Im Dialog mit den Akteuren der Wirtschaft muss die Gesetzgebung überprüft und gemeinsam Lösungen für einen konsequenten Bürokratieabbau gefunden werden, damit sich die Unternehmen mehr um ihre Geschäfte, um Innovationen, Arbeitsplätze und Ausbildung kümmern können. Deshalb muss das Normenscreening weiter vorangebracht werden.

**Herausgeber**

Gewerbeverband des Saarlandes - GVS e.V.
Hüttenbergstr. 38 - 40
66538 Neunkirchen
Tel.: 06821 30 62 40 | Fax: 06821 30 62 41
E-Mail: info@gvs-ev.de | Web: www.gvs-ev.de

**ViSdP:** Timo Lehberger, Vorsitzender
**Redaktion/Koordination:** Sascha Langguth, Timo Lehberger